

3. Sitzung der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin am 25. Oktober 2004

Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Unterrichtung über alle wesentlichen Angelegenheiten der Verwaltung

keine

2. Stand der Abarbeitung der Beschlüsse der Stadtvertretung

Antrag (PDS-Fraktion)

Bericht zur Umsetzung der Privatisierung des Medizinischen Zentrums in die Helios Kliniken

2. StV vom 25.10.2004; DS 00150/2004

Die Stadtvertretung hatte beschlossen: Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Stadtvertretung über die Umsetzung des Vertrages zur Umwandlung des Eigenbetriebes Medizinisches Zentrum der Landeshauptstadt Schwerin in die Helios- Kliniken GmbH schriftlich zu informieren. Dabei sind die in der Drucksache 1027/04 definierten Zielvorgaben (Punkte 1. bis 8.) zu berücksichtigen.

Hierzu wird mitgeteilt:

1. Stand der Ausgliederung

Die notwendigen Voraussetzungen für die Ausgliederung des bisherigen Eigenbetriebs Medizinisches Zentrum der Landeshauptstadt Schwerin in die Helios Kliniken Schwerin GmbH wurden im Laufe dieses Jahres geschaffen.

Der für die Eintragung der Ausgliederung notwendige Jahresabschluss 2003 des MZS wurde durch den Hauptausschuss in seiner Sitzung am 06.07.2004 gebilligt; ebenso wurde die Ausgliederungsbilanz bestätigt.

Nachfolgend wurden die entsprechend notwendigen Beurkundungen vorgenommen und die Unterlagen am 18.08.2004 beim Amtsgericht Schwerin per Kurier abgegeben. Der zuständige Richter am Amtsgericht; Herr Wach, hat jedoch mit der Bearbeitung erst nach seinem Urlaub am 23.09.2004 begonnen.

Eine entsprechende Nachfrage hinsichtlich des zeitlichen Horizonts ist derzeit gestellt.

2. Im Zusammenhang mit dem Vertrag weiter umzusetzende Fragestellungen

Aus dem Vertragswerk haben sich weitere noch umzusetzende Aufgaben ergeben. Dies betrifft u.a. die Weiterführung der Zusatzversorgung, Grundstücksangelegenheiten und die Errichtung des Parkhauses.

In diesem Verfahren wurde die weitere Begleitung durch die Berater notwendig, die das Vertragswerk erarbeitet haben. Darüber ist der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 06.07.2004 bereits informiert worden. Diese Begleitung zieht allerdings außerplanmäßige Ausgaben nach sich, für die jedoch eine entsprechende Deckung im Haushalt erreicht werden konnte.

So konnten die Probleme im Zusammenhang mit der Zusatzversorgung mit einer für die Landeshauptstadt Schwerin optimalen Lösung geklärt werden.

Parkhaus

Mit Datum vom 24.11.2003 wurde noch vom städtischen Eigenbetrieb MZS ein Bauantrag zur Errichtung eines Parkhauses gestellt. Dieses soll mit 1.023.000 Mio € gem. Beschluss der Stadtvertretung vom 28.01.02 aus dem Verwahrkonto Stellplatzablösebeträge wegen der berücksichtigten Anzahl von öffentlichen P und R Plätze von der Stadt bezuschusst werden, wenn das Parkhaus fertiggestellt ist.

Helios hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass die technischen Umsetzungsmöglichkeiten seitens Helios noch einer detaillierten Überprüfung bedürfen.

Die abschließende Stellungnahme steht noch aus.

3. Berufliche Schule

Im Zuge der Privatisierung des Medizinischen Zentrums beschloss die Stadtvertretung im Dezember des vergangenen Jahres die Übernahme der Trägerschaft der Beruflichen Schule am Medizinischen Zentrum. Ein Antrag auf Trägerwechsel gemäß § 105 SchulG M-V wurde noch im

Dezember an das Bildungsministerium gerichtet, über den allerdings bis heute nicht entschieden ist.

Das Bildungsministerium wollte in der Zwischenzeit erreichen, dass die Helios-Gruppe Mitträger an der Beruflichen Schule wird. Dies hat ausschließlich finanzielle Hintergründe, die letztendlich auch für die Stadt von Vorteil sein können. Allerdings muss konstatiert werden, dass eine solche gemeinsame Trägerschaft zwischen einer Gebietskörperschaft und einer GmbH ein Novum ist und es zu einer solchen Konstellation auch durchaus rechtliche Bedenken gibt. Eine Änderung des Schulgesetzes ist hierzu notwendig.

Der Entwurf einer Vereinbarung über eine gemeinsame Trägerschaft wurde mit Anschreiben des Fachdezernenten vom 27.07.2004 parallel der Helios Kliniken Schwerin und dem Bildungsministerium zur Prüfung zugeleitet. Diese ist aber noch nicht abgeschlossen.

Antrag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Galvanik-Gelände

2. StV am 20.09.2004; DS 00143/2004

Die Stadtvertretung hat beschlossen, den Oberbürgermeister zu beauftragen, den aktuellen Stand zum Altlastenstandort Galvanik (Puschkinstr. 20) unter Einbeziehung des rechtskräftigen Urteils des OVG M-V. v. 17.9.03, Az. 3 L 196/96, und den seit ca. 9 Jahren ausstehenden Widerspruchsbescheiden durch das Umweltministerium M-V. vorzutragen sowie über mögliche zukünftige Nutzungsplanungen u.a. in Verbindung mit dem künftigen Justizministerium. Termin: StV November 2004 zu berichten

Hierzu wird mitgeteilt:

Die Firma Galvanik Schwerin GmbH wurde im Sommer 1993 geschlossen, ohne entsprechende Maßnahmen zur Sicherung der dort umfangreich lagernden Gefahrstoffe durchzuführen.

Mit Beginn der Frostperiode war mit dem Einfrieren und der Zerstörung der Behälter zu rechnen. Die auslaufenden schwermetallhaltigen Stoffe wären in den Untergrund ins Grundwasser oder über die öffentliche Kanalisation zur Kläranlage und in den Schweriner See gelangt. Somit bestand die akute Besorgnis einer Gewässerverunreinigung. Daher veranlaßte die Untere Wasserbehörde vorerst die Sicherung der flüssigen Gefahrstoffe (ca. 34t).

Nach Abstimmung mit dem Rechtsamt und dem Umweltministerium wurden im Frühjahr 1995 nach formeller Beauftragung der ehemaligen Geschäftsführer der GmbH auch alle anderen Gefahrstoffe auf dem Grundstück abfallrechtlich deklariert und in zugelassenen Behältern verpackt (ca. 22t).

Letztlich wurden alle Gefahrstoffe über zugelassene Firmen abfallrechtlich korrekt entsorgt.

Die Geschäftsführer gingen gegen die in diesem Zusammenhang erlassenen Auflagen- und Kostenbescheide in Widerspruch. Die Widersprüche gegen die Kostenbescheide wurden vom dafür zuständigen Umweltministerium abgelehnt. Anschließend reichten die Geschäftsführer Klage beim Verwaltungsgericht ein.

Das Verwaltungsgericht gab den Klagen statt. Nach Prüfung der Gründe hatte das Rechtsamt Antrag auf Zulassung der Berufung beim Oberverwaltungsgericht (OVG) gestellt. Dem Antrag wurde stattgegeben. Das Urteil des OVG Mecklenburg-Vorpommern vom 17.09.03 in dem Streitfall um die Begleichung der entstandenen Kosten bei der Beseitigung wassergefährdender Stoffe im Rahmen der Ersatzvornahme wurde nunmehr rechtskräftig und hat folgenden Inhalt:

- der Kostenbescheid vom 06.12.1994 wurde vom Gericht aufgehoben
- die Kostenbescheide vom 28.02.1995 und vom 16.05.1995 sind bestandskräftig.

Die bestandskräftigen Bescheide besagen, dass die beiden Geschäftsführer auch nach dem Vermögensverfall der Galvanik Schwerin GmbH persönlich in Anspruch genommen werden können.

Die Beschwerde der Kläger gegen die Nichtzulassung der Revision wurde vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen.
Derzeit wird versucht die Gelder aus den bestandskräftigen Kostenbescheiden von den ehemaligen Geschäftsführern einzutreiben.

Die Widersprüche zu den den Kostenbescheiden zugrundeliegenden Anordnungen hat das Umweltministerium MV nach Vorlage des OVG –Urteils mit Widerspruchsbescheid vom 3.12.2003 zurückgewiesen.
Dagegen haben die ehemaligen Geschäftsführer der Galvanik GmbH am 2.1.2004 Klage erhoben. Über diese Klage hat das Verwaltungsgericht Schwerin noch nicht entschieden.

Altlastensituation und zukünftige Nutzungsplanungen

Die Erforderlichkeit einer Bodensanierung ergibt sich nach derzeitigem Kenntnisstand nicht. Das Grundwasser bleibt in der Überwachung; die Durchführung einer Grundwassersanierung ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht erforderlich.
Derzeit ist eine Gefährdung durch direkten Kontakt und das Einatmen von schwermetallhaltigen Stäuben vorhanden.
Das Grundstück ist gegen Betreten durch unbefugte Dritte gesichert, um einen möglichen Kontakt von Personen mit diesen Stäuben zu verhindern.

Zukünftige Nutzung

Im Juli d.J. stellte der Grundstückseigentümer und Bauherr im Amt für Bauen Denkmalpflege und Naturschutz seine Ideen zur Entwicklung des Grundstücks vor:

Bei einem Investitionsvolumen von mehren Mio. Euro hat er vor :

- das unter Denkmalschutz stehende Fachwerkgebäude zu sanieren
- im Erdgeschoss soll eine gastronomische Einrichtung entstehen, die im Innenhofbereich auch einen Freisitzbereich erhält.
- in den Obergeschossen sollen Gästezimmer untergebracht werden
- im Innenhof soll, eine Stellplatzanlage nach dem Regalsystem errichtet werden, die Erschließung erfolgt über die Münzstraße.

Eine Verbindung der Maßnahmen „Puschkinstraße 20“ zum Justizministerium wurde von den Eigentümern nicht dargelegt und konnte auch nicht erkannt werden.

Im Zuge der erforderlichen Planungen ist durch die Bauherren ein Sanierungskonzept durch einen unabhängigen Gutachter zu erstellen. Der Gutachter hat nachzuweisen, dass nach durchgeführter Sanierung eine Gefährdung für die Schutzgüter Mensch, Boden und Grundwasser ausgeschlossen ist und eine Nutzung der Liegenschaft gefahrlos möglich ist.

Antrag (SPD-Fraktion)

Zwischenbericht zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2 StV am 20.09.2004; DS 00152/2004

1. Abweichung vom Haushaltssicherungskonzept inklusive Begründung und Erläuterung der einzuleitenden Maßnahmen

In Abstimmung mit den jeweiligen Ämtern und Bereichen konnte der überwiegende Teil der Verbesserungen lt. Haushaltssicherungskonzept im Nachtragshaushaltsplan 2004

berücksichtigt werden. Von den insgesamt 28 Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes wurden im Jahre 2003 und mit dem Nachtrag 2004 17 Maßnahmen voll bzw. teilweise umgesetzt. Die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Säulen gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung lassen sich wie folgt darstellen:

	2003		2004	
	Soll lt. Hako - Konzept	RE	Soll lt. Hako - Konzept	Nachtragshaus- haltsplan
	in €	in €	in €	in €
Säule A	0	0	0	0
Säule B	0	0	425.000	425.000
Säule C	0	0	175.000	175.200
Säule D	0	3.062.500	2.400.000	5.462.800
Säule E	1.500.000	1.582.000	12.656.900	10.710.900
Summe	1.500.000	4.644.500	25.663.500	16.773.900

Mit dem Monatsabschluss September 2004 ist zu erkennen, dass z.B. in den Maßnahmen E 1.1 Sondernutzungsgebühren, E 1.2 Geschwindigkeitsüberwachung, E 1.4 Nutzungsentgelte für Erholungsgrundstücke und E 6 Sachkosten für Stadtvertreter die Einhaltung der Vorgaben zur Haushaltsverbesserung in Frage steht. Verwaltungsintern werden die Ursachen ermittelt und notwendige Schritte zur Gegensteuerung eingeleitet. Für eine verbindliche Abrechnung der einzelnen Hako - Maßnahmen sind u.a. konkrete Daten (Haushaltsansätze 2005/2006, Stellenentwicklung in den jeweiligen Ämtern /Bereichen, Rechnungsergebnis 2004) erforderlich. Eine Einzelabrechnung kann erst erfolgen, wenn das Rechnungsergebnis 2004 vorliegt.

2. Stand der Erarbeitung des Personalkonzeptes

Ein Entwurf des Personalbedarfskonzeptes liegt zur Zeit verwaltungsintern vor und wird in Kürze in die politischen Gremien zur Beschlussfassung eingebracht.

3. Stand der Umsetzung des Beschlusses vom 15.01.04 in der 8. Sondersitzung zum Verkauf des Klinikums

Die Eintragung ins Handelsregister ist zum heutigen Zeitpunkt noch nicht vollzogen. Ein ausführlicher Sachstandsbericht zum gleichen Thema erfolgt aufgrund des PDS-Antrages. Auf die entsprechende Vorlage wird an dieser Stelle verwiesen.

4. Kreditbedarf 2004 und Folgejahre und tatsächliche Kreditaufnahme 2004 inklusive tatsächliche Inanspruchnahme des Kassenkredites

Für das Haushaltsjahr 2004 ist seitens des Innenministeriums einer Neuaufnahme von Krediten in Höhe der vorgesehenen ordentlichen Tilgungsbeiträge zuzüglich der Anteile für rentierliche Investitionen in Höhe von 5,0 Mio. € zugestimmt worden.

Außerdem stehen noch 4,2 Mio. € Haushaltseinnahmereste bei Krediten zur Finanzierung der Haushaltsausgabereise in 2004 zur Verfügung.

Für die Folgejahre sind Kreditneuaufnahmen ebenfalls in Höhe der ordentlichen Tilgungsbeiträge zuzüglich rentierliche Investitionen in Aussicht gestellt.

Zum heutigen Zeitpunkt ist noch keine Kreditaufnahme erfolgt, da die Ausgaben des Vermögenshaushaltes noch nicht in der erforderlichen Höhe kassenwirksam realisiert sind. Die tatsächliche Inanspruchnahme des Kassenkreditrahmens ist in einer Grafik dargestellt. Diese ist in der Anlage 1 beigefügt.

5. Analyse zu erwartender Risiken für das laufende Haushaltsjahr und die Folgejahre: auch unter Berücksichtigung der städtischen Unternehmen

Der Nachtragshaushaltsplan wurde am 22.03.2004 beschlossen und weist ein Haushaltsdefizit von 48,4 Mio. € aus, darin enthalten ist ein Altdefizit von 15,8 Mio. €. Die unterjährige Haushaltsentwicklung sieht zum gegenwärtigen Zeitpunkt etwas schlechter aus, als der Beschluss zum Nachtragsplan.

Mindereinnahmen:

Einkommenssteuer und Gemeindeanteil
am Familienleistungsausgleich ca. ./. 3.000,0 T €

Mehreinnahmen:

Grundsteuer B + 600,0 T €
Zinsen für Kaufpreishinterlegung + 40,0 T €

Weitere 350,0 T € Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer wurden zur Deckung von Mehrausgaben im Bereich Jugendhilfe eingesetzt.

Durch sparsame Bewirtschaftung bei einigen Haushaltsstellen sind Minderausgaben möglich bei:

Personalausgaben ./. 600,0 T €
Bauunterhaltung (Gr.501) ./. 500,0 T €
Mieten und Pachten (Obdachlosenunterkunft) ./. 58,0 T €
Wahlen ./. 90,0 T €
Auskehrung Mieten ./. 90,0 T €
Geschäftsausgaben ./. 1.000,0 T €
Gutachterkosten Lenkungsgruppe ./. 25,0 T €
Messen und Workshops ./. 50,0 T €

Mehreinnahmen + Minderausgaben + 3.078,0 T €

Weiterhin ergeben sich Mehrausgaben im Bereich der Kindertagesstätten und im Bereich der Jugendhilfe. Diese werden durch weitere Einsparungen und Mehreinnahmen abgedeckt. Hierzu zählen insbesondere Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und beim Schullastenausgleich.

Die nicht geplanten Mehreinnahmen für die Auskehrung Deponierückstellung in Höhe von 10,0 Mio. € werden zur Reduzierung des geplanten Defizites eingesetzt.

6. Auswirkungen Hartz IV und des Kindertagesförderungsgesetzes auf das Haushalts-sicherungskonzept

Hartz IV:

Grundlage ist hier einerseits das Ausführungsgesetz zum SGB II (§ 6), das erst im Entwurf vorliegt. Aktuell geht es jetzt darum, dass sich die Kommunen untereinander verständigen; dazu werden auch andere Modelle und Berechnungsvarianten betrachtet. Auf der Grundlage der aktuellen Kenntnisse bzw. Schätzungen können folgende Belastungen und Entlastungen zur Kenntnis gegeben werden:

Leistungen	Belastungen in Mio. €	Entlastungen in Mio. €
Kosten der Unterkunft an Bedarfsgemeinschaften nach SGB II	24,30	
Sonstige Belastungen (sonstige mit der Unterkunft zusammenhängenden Kosten, Betreuungs- und Beratungskosten)	00,34	
Entlastung durch Wegfall der Sozialhilfe		15,2

Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft		7,3
Landesmittel (z.B. Wohngeld) und (Netto)-Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen		3,2
Summe	24,64	25,7

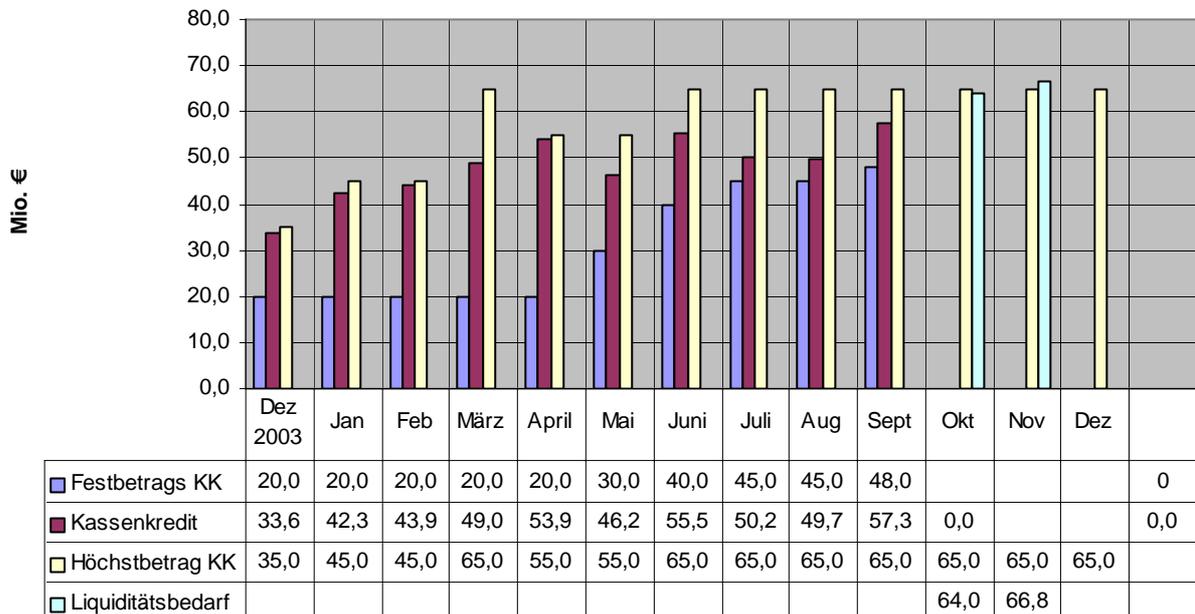
Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt können erst ab dem zweiten Quartal 2005 dargestellt werden.

KiföG:

Mit dem Inkrafttreten des KiföG M-V ab dem 1. August 2004 ändert sich die Berechnungsgrundlage für die Zahlung der Landesmittel. Somit wird die Landesbeteiligung an den Betriebskosten (Regelkosten) geringer ausfallen. Zur Sicherstellung der vorschulischen Bildung erhöhen sich die Einnahmen. Aufgrund einer höheren Belegung in den Kitas (ca. 360 Kinder) werden Mehrausgaben erwartet. Die höhere Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung wirkt sich auch auf die Höhe der zu zahlenden Ermäßigungen der Elternbeiträge aus. Somit wird auch für die Übernahme der Elternbeiträge aufgrund von Ermäßigungen der Planansatz überschritten. Insgesamt werden durch das Inkrafttreten des KiföG M-V im Haushaltsjahr 2004 Mehreinnahmen i.H.v. 71.900 € und Mehrausgaben i.H.v. 686.790 € erwartet.

Bis Ende des Jahres sind die Verhandlungen mit den Kita-Trägern zu führen und abzuschließen. Die finanziellen Auswirkungen für 2005 / 2006 können derzeit noch nicht beziffert werden.

Inanspruchnahme Kassenkredit 2004



Antrag (CDU-Fraktion)

Stand der Hochschulansiedlung in Schwerin

2. StV am 20.09.2004; DS 00145/2004

Das Vorhaben „Etablierung einer Universität“ am Standort Schwerin wird durch die Stabsstelle für Kommunale Wirtschaftsförderung, Frau Abt, seit Bekanntwerden begleitet und unterstützt, da es eine wichtige strategische Bedeutung für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes hat. So

wurden Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium und dem Kultusministerium zu möglichen Förderungen, der Akkreditierung, staatlichen Anerkennung sowie auch zur Umsetzung geführt. Außerdem hat die Stadt in einem „Letter of intent“ der S.I.G.gGmbH (Schweriner Institut für Gesundheitswissenschaften – Biomechanik) Unterstützung zugesagt.

Da es in der Vergangenheit unterschiedliche Ansätze zur Gründung einer Universität gab, ist man gegenwärtig dabei, alle Initiativen zusammenzuführen, mit dem Ziel, **eine Universität mit 4 Säulen (Studienrichtungen)** zu errichten, wobei 3 Ansätze konkreterer Natur sind.

Hierbei handelt es sich um die Nordeuropäische Akademie für Kunst und Architektur, die Biomechanik, die Wirtschaftsuniversität und das Kompetenzzentrum für Wasser/ Abwasser. Zu letztgenanntem Thema gibt es noch keine konkreten Ansätze, aber wohl einige Vorstellungen.

Nunmehr einige Ausführungen zu den 3 Ansätzen:

1. Nordeuropäische Akademie für Kunst und Architektur (NAKA gGmbH)

Die Landeshauptstadt Schwerin hat das Direktorenhaus des ehemaligen Fridericianums an die NAKA bis zum 31.12.04 vermietet. Sofern die Finanzierung des Vorhabens nachgewiesen wird, ist beabsichtigt, das gesamte Gebäude am 1.01.2005 per Erbbaurechtsvertrag, vorbehaltlich der Zustimmung der städtischen Gremien, der NAKA zu überlassen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt konnte die Finanzierung nicht nachgewiesen werden. Deshalb wurde die Akkreditierung der Studienfächer „Bildende Kunst, Konzepte, Methoden“, „Kunstmanagement“ und „Architektur, urbane Kontexte, Konzepte“ nur in fachlicher Hinsicht in Aussicht gestellt, aber die Finanzierung als kritisch eingeschätzt. Der Studienbetrieb konnte im September nicht aufgenommen werden. Herr Prof. Ernst (derzeit tätig an der Kunsthochschule in Berlin-Weißensee) wird die Fortführung des Aufbaus der NAKA vorantreiben und ist bereit, an der Entwicklung der künftigen „Universität Schwerin“ aktiv mitzuwirken.

Der Finanzbedarf für die NAKA beläuft sich auf ca. 1,0 Mio €. Es besteht das Ziel, die Finanzierung im Rahmen der Gesamtfinanzierung des Vorhabens „Universität Schwerin“ bis zum Jahresende zu sichern.

Der Studienbeginn ist für 2005 vorgesehen.

2. Zentrum für Biomechanik

Die Initiatoren dieses Projektes, allen voran Herr Prof. Dr. Högfors-Ziebell, der seine Tätigkeit bereits in Büroräumen der Stadtwerke aufgenommen hat, sind daran interessiert, an dem Gesamtprojekt aktiv mitzuwirken. Inhaltlich wird sich das Zentrum, als eine Säule der Universität mit der Lehre, Forschung und Produktentwicklung befassen, mit dem Ziel, die Ergebnisse sowohl industriell als auch klinisch zu nutzen. Geplant sind u.a. Lehrstühle im Bereich der Biomechanik der Orthopädie, Rekonstruktion und Rehabilitation, Herz-Kreislauf- und Atmungs-Biomechanik etc.

Bis Ende 2004 werden die Curricula von namhaften Wissenschaftlern erarbeitet.

Ziel ist es, die Akkreditierung und anschließende staatliche Anerkennung zu sichern, damit im Herbst 2005 die ersten Studenten immatrikuliert werden können.

Kontakte bestehen mit den Helios Kliniken, um die Forschungstätigkeit im Bereich der Biomechanik aufnehmen zu können. Außerdem gibt es zahlreiche Kontakte mit anderen namhaften Firmen im Medizintechnikbereich, ein entsprechendes Netzwerk wird gegenwärtig aufgebaut. Der Finanzbedarf für den Bereich Biomechanik beträgt 20 – 25 Mio €.

3. Wirtschaftsuniversität

Gegenwärtig liegt der Verwaltung von Herrn Prof. Dr. Richter kein schlüssiges Konzept vor, obwohl er des öfteren darum gebeten wurde. Auch im Ergebnis der im letzten Jahr gefertigten Machbarkeitsstudie durch die Boston Consulting Group stellte sich heraus, dass die Vorstellungen von Herrn Prof. Dr. Richter zur Errichtung einer Wirtschaftsuniversität nach dem bisherigen Stand so nicht realisierbar sind.

Es gab Gespräche mit weiteren Interessenten, die ein derartiges Projekt mit den Studieninhalten „Betriebswirtschaft und Unternehmensführung für kleine und mittelständische Unternehmen“ und „Wirtschaftsförderung“ verfolgen.

Der Finanzbedarf für den Teil der Wirtschaftsuniversität beträgt ca. 1-2 Mio €.

Allgemeines

Gegenwärtig wird an der Struktur der künftigen Universität mit den genannten Studieninhalten gearbeitet. Da diese Arbeit zur Zeit ehrenamtlich von einer Initiatorengruppe vorangetrieben wird, besteht u.a. die Aufgabe darin, diese in professionelle Hände zu legen. Ein ganz wesentlicher Aspekt, um insbesondere mit der NAKA kurzfristig anfangen zu können, liegt in der Sicherung der Finanzierung. Dabei geht es um die Gewinnung von Sponsoren und Mäzene für die Schaffung eines Stiftungsfonds, über den die laufenden Kosten finanziert werden sollen. Gegenwärtig werden dazu Kontakte mit Unternehmen deutschlandweit und Personen geknüpft, um diese für die Realisierung des Vorhabens zu gewinnen.

Das kurzfristige Ziel besteht darin, bis zum Jahresende 1,0 Mio € für die Gründung einer Stiftung zu aktivieren.

Alle Stadtvertreter werden aufgefordert, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um Sponsoren für dieses Projekt zu finden.

Die Stabsstelle für Kommunale Wirtschaftsförderung und Tourismus wird, sobald es einen neuen Stand zu dieser Thematik gibt, die Stadtvertreter informieren.

3. Beschlüsse des Hauptausschusses

Der Hauptausschuss hat zwischen der 02. Sitzung der Stadtvertretung am 20. 09. 2004 und der 03. Sitzung der Stadtvertretung am 25. 10. 2004 nachstehende Beschlüsse gefasst:

Fraktionszuwendungen aus kommunalen Haushaltsmitteln für den Zeitraum der Bildung der Fraktionen bis zum 31.12.2004
hier: Zuwendung an die CDU-Fraktion

Fraktionszuwendungen aus kommunalen Haushaltsmitteln für den Zeitraum der Bildung der Fraktionen bis zum 31.12.2004
hier: Zuwendung an die Fraktion Unabhängiger Bürger

Fraktionszuwendungen aus kommunalen Haushaltsmitteln für den Zeitraum der Bildung der Fraktionen bis zum 31.12.2004
hier: Zuwendung an die FDP-Fraktion

Überplanmäßige Ausgaben in der Haushaltsstelle 45570.77002 - Erstattung Tagespflegesätze an Sozios - im Rahmen der stationären Unterbringung gemäß § 34 SGB VIII

Überplanmäßige Ausgaben in der Haushaltsstelle 45570.77000 - Erstattung von Tagespflegesätzen für Heimerziehung bei freien Trägern sowie anderen Trägern in und außerhalb von Schwerin - entsprechend § 34 SGB VIII

Haushalt 2004

hier: Erfüllung der Einnahmen und Ausgaben per 31.08.20 zur Kenntnis genommen

Öffentliche Ausschreibung von Reinigungsleistungen für die Gebäude Puschkinstraße 13

Zuschlagserteilung bezüglich Beschaffung von PC-Technik

Verkauf des 766 m² großen Grundstückes Schlossgartenallee 52, Flurstück 15/3 der Flur 51, Gemarkung Schwerin

Abrundungssatzung "Am Silbernen Hang, Schwerin-Mueß" nach § 34 (4) Nr. 3 BauGB

Erteilung des Einvernehmens nach §172 BauGB

- hier: Errichtung eines Balkons Mecklenburgstr. 11
- Befreiungsantrag von den Festsetzungen des B-Planes "Baufeld III" zur Überschreitung der Baugrenze
- Bauen im Außenbereich gemäß § 35 BauGB; hier: Zum Alten Bauernhof in Mueß

4. Bearbeitungsstand von in den Hauptausschuss verwiesenen Anträgen

Antrag Fraktion PDS

Baumschutzsatzung

Vorlage: 00148/2004

und

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Baumschutzsatzung

Vorlage: 00138/2004

Die Verweisung erfolgte in die Ausschüsse Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung (07.10.) sowie Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften (28.10.). Die Fachausschüsse werden gebeten, unter Einbeziehung der bereits vorliegenden Beratungsergebnisse sich erneut zu verständigen mit der Zielstellung, dass die Beschlussvorlage der Stadtvertretung spätestens zur Sitzung am 6. Dezember 2004 zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Wiedervorlage Hauptausschuss 30. November 2004

Antrag StV Silvio Horn

Neuausrichtung Bundesgartenschau; Finanzkonzept

Vorlage: 00135/2004

Der Hauptausschuss hat sich auf seiner Sitzung am 28.09.2004 zu dem vorliegenden Antrag verständigt und vorgeschlagen, durch die BUGA GmbH eine vertretungsöffentliche Informationsveranstaltung organisieren zu lassen.

Diese Informationsveranstaltung für die Fraktionen zum neuen BUGA-Konzept hat am 18.10.2004 im Demmlersaal stattgefunden.

Der Hauptausschuss hat zu dem Antrag weiterhin angeregt, zur Sitzung der Stadtvertretung am 06. Dezember 2004 eine entsprechende Beschlussvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

Allerdings sind die Flächenarrondierungen und Umplanungen gemäß des modifizierten BUGA-Konzeptes noch nicht vollständig abgearbeitet. Eine Vereinbarung zu liegenschaftlichen Fragen, die die Eigentumsübertragung bzw. Überlassung von landeseigenen Flächen zum Zwecke der BUGA regelt, wurde zwischenzeitlich geschlossen. Gemäß dieser Vereinbarung müssen jetzt entsprechende Verträge abgearbeitet werden, womit die sodann konkreten BUGA-Flächenparzellen scharf definiert sind.

Hieraus ergibt sich, dass die beantragte Beschlussfassung der Stadtvertretung nicht zum 06.12. vorgelegt werden kann. Der Oberbürgermeister wird daher diese Beschlussvorlage unaufgefordert mit dem konkreten Sachstand im Frühjahr 2005 einbringen.

Antrag Fraktion SPD

Bürgerbeteiligung zur Stadtteilbezeichnung

DS 00113/04

In seiner Sitzung am 18.05.2004 hat der Hauptausschuss den Antrag in den Bauausschuss und Ortsbeirat verwiesen.

In der Sitzung des Ausschusses Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung am 16.09.2004 ist vom Vorsitzenden, Herrn Lange, eine Information des Ortsbeirates, von dem bereits eine Bürgerbefragung in Angriff genommen wurde und der bisher 80 % der in Frage kommenden Einwohner befragte, verlesen worden. Bisher haben sich alle für die Bezeichnung „Gartenstadt“ ausgesprochen. Der Einreicher bittet um Vertagung der Beratung auf die 1. Januarsitzung 2005. Der Bauausschuss bittet die Verwaltung, bis zu diesem Termin die Kosten für die Umbenennung

zu ermitteln und vorzulegen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Information des Ausschusses Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung sowie des Ortsbeirates zur Kenntnis. Die Beratung wird zurückgestellt und die Stadtvertretung wird zur Sitzung am 25. Oktober 2004 informiert

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt nach Beratung im Fachausschuss mit dem Beratungsergebnis.

Antrag Fraktion SPD Verbesserte Erreichbarkeit von Mueßer Holz DS 1112/04

Durch den Hauptausschuss ist der Antrag am 18. 05. 2004 in den Bauausschuss und Ortsbeirat verwiesen worden.

Im Fachausschuss ist die Beratung zum Antrag in der Sitzung am 02. 09. 2004 erfolgt. Herr Erdmann vom Ortsbeirat Mueßer Holz erklärte im Fachausschuss, dass aus Sicht des Ortsbeirates die Erreichbarkeit des Stadtteiles nicht zu beanstanden ist. Der Ausschuss Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung votierte mit dem Abstimmungsergebnis 7 / 0 / 2. Die Stellungnahme des Ortsbeirates Mueßer Holz vom 27. 09. 2004 (Anlage 2 des Beschlussprotokolls) ist durch den Vorsitzenden zur Sitzung verlesen worden.

Durch Herrn Dr. Haack wird für die antragstellende Fraktion SPD erklärt, dass mit der heutigen Information der Antrag sich erledigt hat und zurückgezogen wird.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt das Beratungsergebnis aus dem Ausschuss Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung sowie die Stellungnahme des Ortsbeirates einstimmig zur Kenntnis. Für den Hauptausschuss gilt mit der Rücknahme des Antrages durch die antragstellende Fraktion dieser als abgearbeitet

Antrag Fraktion CDU Entwicklungsperspektiven Paulstadt DS 01115/04

Der Hauptausschuss hat den Antrag am 18. 05. 2004 in den Bauausschuss und Ortsbeirat verwiesen..

Der Ausschuss Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung hat in seiner Sitzung am 02.09.2004 dem Antrag mit dem Votum 9 / 0 / 0 zugestimmt.. Durch das Dezernat IV, Frau Bluhm, ist mit Datum vom 26.04.2004 dem Ortsbeirat eine ausführliche Stellungnahme zu den in der Paulstadt anstehenden Problemen schriftlich zugegangen. Der Ortsbeirat hat sich mit Schreiben vom 26. 05. 2004 an die Fachverwaltung mit weiteren Nachfragen gewandt. Dieses Schreiben liegt den Mitgliedern des Hauptausschusses ebenfalls vor.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt einstimmig das Beratungsergebnis aus dem Ausschuss Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung zur Kenntnis. Die erbetene Berichterstattung im Antrag der Fraktion der CDU ist schriftlich zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung am 25. Oktober 2004 vorzulegen. Es wird empfohlen, auf die vorliegenden Fragen des Ortsbeirates einzugehen

Antrag Fraktion CDU Änderung im Flächennutzungsplan

DS 01104/04

Am 24.06.2004 hatte der Hauptausschuss sich zum Votum des Fachausschusses und der Information der Verwaltung verständigt. Im Ergebnis ist der Ausschuss Bauen, Verkehr und Stadtentwicklung gebeten worden, erneut zum Antrag unter Einbeziehung der Stellungnahme der Verwaltung zu beraten.

In der Sitzung des Ausschusses Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung erläuterte Herr Bode nochmals, „dass der FNP nicht das geeignete Instrument ist um das umzusetzen, was der Antragsteller mit diesem Antrag bezwecken möchte. Es liegen auch keinerlei Anträge für das betreffende Gebiet vor. Sollte ein derartiger Antrag eingehen, so ließe sich eine ungewollte Entwicklung über eine Veränderungssperre verhindern.

Der Antrag ist in der Sitzung des Bauausschusses vom Antragsteller zurückgezogen worden und wird als erledigt betrachtet.“

Dem Hauptausschuss ist zur Sitzung die Stellungnahme der Verwaltung mit Datum vom 21.09.2004 schriftlich übergeben worden.

Herr Lange als Vorsitzender des Bauausschusses erklärt zur Sitzung, dass in der vorliegenden Stellungnahme das niedergelegt worden ist, was im Fachausschuss besprochen wurde.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt einstimmig das Beratungsergebnis aus dem Ausschuss Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung einschließlich der Rücknahme des Antrages durch den Antragsteller zur Kenntnis. Der Antrag gilt für den Hauptausschuss als abgearbeitet und die Stadtvertretung wird in ihrer Sitzung am 25. Oktober 2004 informiert.

5. Sonstige Informationen

2. Saison beendet - Über 23.000 Besucher auf der Freilichtbühne

Auch in diesem Jahr können wir auf eine erfolgreiche Freilichtbühnensaison zurück blicken. Von Mai bis September wurden 24 Veranstaltungen in den verschiedensten Genres angeboten. Über 23.000 Besucher konnten wir in der 2. Saison der Freilichtbühne zählen.

Highlights waren die Rosenstolz- und Citykonzerte, die NDR 1 Radio M-V Oldie Party und Max Raabe mit seinem Palastorchester. Allein 2.500 Besucher zog das MeckProms Konzert im Juli unter den freien Himmel an. Auch die Gastspiele von Mike & the Mechanics und Matthias Reim im September wollten 3.100 Fans sehen und hören. Höhepunkt im August war die Veranstaltung Puppen im Park im Rahmen des Schweriner Kultursommers.

Trotz der verregneten Monate Juni und Juli haben sich viele Schweriner und Gäste nicht davon abbringen lassen, bei einem Konzert auf der Freilichtbühne dabei zu sein.

Die Bühne hat sich zu einem beliebten Veranstaltungsort in Schwerin etabliert.

Nach einjähriger Bauzeit wurde die Freilichtbühne im vergangenen Jahr feierlich als offiziell erstes Projekt der Bundesgartenschau 2009 in Schwerin übergeben.

3. Oktober mit Polittalk im Rathaus Die neue Stadtvertretung stellte sich vor

Seit Mitte Juli hat Schwerin eine neue Stadtvertretung. Auch die Ausschüsse der Stadtvertretung haben sich neu gebildet. Den 3. Oktober nutzten die Vertreter der Fraktionen und die Einzelbewerber im Kommunalparlament, um sich und ihre Arbeit zu präsentieren.

Neben den Gesprächen mit den Stadtvertretern im Rathaus wurde auf dem Markt ein kulturelles Programm geboten.

Darüber hinaus präsentierten sich die BUGA GmbH und die städtischen Betriebe auf dem Markt. Das Baudezernat der Stadt zeigt anschaulich die Vorhaben im Rahmen des Programms zum Stadtumbau.

Olympiasiegerin im Rathaus empfangen Ramona Brussig trug sich in Goldenes Buch der Stadt ein

Mit Stolz empfing Beigeordnete Heidrun Bluhm am 6. Oktober in meiner Vertretung die frisch gebackene Olympiasiegerin im Judo bis 57 kg der XII. Paralympischen Sommerspiele in Athen Ramona Brussig und ihren Trainer Matthias Hermann im Rathaus.

Eine Goldmedaille bei den Olympischen Spielen zu holen ist etwas ganz besonderes und wohl der schönste Moment eines jeden Sportlers in seiner Laufbahn. Mit dem Sieg hat Ramona Brussig einmal mehr zum Ausdruck gebracht, welche herausragende Rolle der Judosport in Schwerin spielt. Im Anschluss an die Glückwünsche trug sich die Judoka in das Goldene Buch der Stadt ein.

Auch Vertreter des Olympiastützpunktes M-V, des Landessportbundes, des Stadtsportbundes des Verbandes für Behinderten- und Rehabilitationssport, des Landesjudoverbandes, der AOK und der Stadtwerke machten ihre Anerkennung gegenüber Ramona Brussig durch ihre Anwesenheit deutlich.

Bundesweite Aktionswoche „Ehrenamt macht stark“ Ehrenamtliche Schwerinerinnen und Schweriner gewürdigt

Im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche des bürgerschaftlichen Engagements unter dem Motto „Engagement macht stark“ fand in diesem Jahr die Würdigung der ehrenamtlich Tätigen im Bereich der Altenarbeit feierlich im Schleswig-Holstein-Haus statt.

24 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schwerin wurden stellvertretend für die unzähligen fleißigen Helfer im sozialen Bereich, besonders in der Betreuung und Begleitung älterer Menschen, mit der Eintragung in das Ehrenbuch der Altenarbeit ausgezeichnet.

Das Ehrenamt ist für die Gesellschaft unverzichtbar, denn es ist ein Stück gelebte Demokratie. Viele Menschen übernehmen freiwillig und selbstbewusst Verantwortung, um anderen zu helfen und gestalten mit ihren Initiativen ihr Umfeld aktiv mit.

Gerade ältere Mitmenschen setzen ihre erworbenen Kompetenzen im Ruhestand in den verschiedensten Bereichen, beispielsweise als Organisator, Begleiter oder Betreuer hilfebedürftiger Menschen bis hin zur Hospizbewegung, ein. Sie leisten unentgeltlich Großartiges in vielen Stunden.

Sie geben mit ihrem Engagement anderen Menschen die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und aktivieren sie zum Mitmachen. Gemeinsam mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege sind wir als Kommune bemüht, das Ehrenamt zu unterstützen. Durch Angebote in der Weiterbildung oder professionelle Berater, die Ihnen bei der Bewältigung von Problemen mit Rat und Begleitung zur Seite stehen.

Stadt auf der Expo-Real in München präsent Werbung für Bauen am und auf dem Wasser

Die Landeshauptstadt hat sich vom 4. bis 6. Oktober 2004 auf der „Expo Real“, der größten deutschen Fachmesse für Gewerbeimmobilien in München präsentiert. Wir haben am Gemeinschaftsstand des Landes Mecklenburg-Vorpommern für den Standort Schwerin geworben. Dies war bereits der dritte Auftritt auf der „Expo Real“. Im Vordergrund stand die Vermarktung exklusiver Areale in der Stadt direkt am Wasser. Bauen am und auf dem Wasser – war in diesem Jahr zentrales Thema. Wir haben damit eine neue Strategie verfolgt und uns als die Stadt am Wasser mit interessanten Projekten vorgestellt. Es gibt schließlich nicht viele Städte, die so üppig und reizvoll mit Wasserflächen ausgestattet sind. Daher lag es nahe, für Konzepte zu werben, die das Wasser über touristische, sportliche und städtebauliche Zwecke integrieren. Konkret sollten Investoren für Flächen am Ziegelsee, für Schwimmende Häuser, für Villengrundstücke in Zippendorf oder den Marina-Standort Bornhövedstraße am Schweriner See angesprochen werden. Auch die Planungen zur Bundesgartenschau waren in das Konzept integriert.

Mit im Schweriner Team waren auch Vertreter der hiesigen Wirtschaft so von Arca Systems, Tiroux und Waldmüller sowie der Präsident des Unternehmerverbandes Norddeutschland Mecklenburg Schwerin, die die Stärken des Standortes Schwerin verdeutlicht haben. Ein Highlight der Messe war wieder die Ja-Sager-Aktion, die viel Aufmerksamkeit erreichte. Bei dieser ungewöhnlichen Aktion konnten wieder zahlreiche Ja-Sager für Schwerin gewonnen werden, die in den nächsten Tagen ein Infopaket von der Stadt erhalten. Wir wollen den direkten Kontakt zu Entscheidern, um sie auf unsere Stadt aufmerksam zu machen.

Darüber hinaus knüpften wir weit über 100 Kontakte mit verschiedenen Unternehmen auf der Messe. Zahlreiche Treffen gab es insbesondere mit bayerischen Firmen.

„SCHWERINER MACHEN'S GRÜNER“ Umweltpreis 2004 der Landeshauptstadt Schwerin vergeben

„SCHWERINER MACHEN'S GRÜNER“ war das Motto des diesjährigen Umweltpreises der Landeshauptstadt. Zu Beginn des Jahres hatte die Landeshauptstadt die Schweriner aufgerufen, Ideen zu entwickeln und umzusetzen für eine grünere Stadt. Ob gestaltete Hauseingangsbereichen, Vorgärten, Fassaden oder Balkone – dem Einfallsreichtum von Hauseigentümern,

Mietern, Geschäftsleuten, Haus- und Bürogemeinschaften waren keine Grenzen gesetzt. Gefordert waren nicht nur Ideen. Diese sollten auch im Frühjahr und Sommer umgesetzt und durch eine Dokumentation belegt werden. Von den ursprünglich zwölf Bewerbern haben sieben eine Dokumentation abgegeben.

Bau- und Umweltdezernentin Heidrun Bluhm und der Vorsitzende des Ausschusses für Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung Andreas Lange prämierten am 14. Oktober, im Stadthaus die Sieger des Umweltpreises. Der Umweltpreis der Landeshauptstadt Schwerin ging in diesem Jahr an den Verein zur Förderung zeitgemäßer Jugend- und Sozialarbeit (VFJS) in der Johannes-Brahms-Straße 23. Der Verein in der Weststadt hat es verstanden, mit Jugendlichen in kürzester Zeit aus einer tristen Sitzecke am Jugendclub eine grüne Oase zu schaffen. Dieses war nur gemeinsam und mit viel Mühe zu bewerkstelligen und förderte den Teamgeist. Der 1. Platz ist mit einem Preisgeld von 1.000 Euro verbunden. Den 2. Platz belegte das Musikhaus „Althen & Clausen“ in der Puschkinstraße. Das Ehepaar Althen vom Musikhaus „Althen & Clausen“ schwebte schon lange eine begrünte Enge Straße vor, weil gerade für Touristen der Blick von der Puschkinstraße in die 2. Enge Straße ein beliebtes Fotomotiv ist. Gemeinsam mit noch drei weiteren Gebäudeeigentümern wurden an sechs Stellen Rankhilfen aus Edelstahl für Blauregen angebracht, der bald die Enge Straße wie einen Laubengang erscheinen lassen. 600 Euro erhalten die Geschäftsleute für ihre tolle Idee und deren Umsetzung. Der 3. Preis und 400 Euro gehen an Familie Abels in der Gartenstraße 19. Die Familie hat als Mieter eines Hinterhauses ein grünes Kleinod mitten in der Feldstadt erschaffen und dabei keine Mühen und Kosten gescheut. Die anderen Teilnehmer des Umweltpreises erhielten eine Anerkennung, verbunden mit je 100 Euro. Freuen können sich Andrea Darsow aus der Wismarschen Str. 295, Bärbel Diedrich vom Brink 10, Anja Gdanitz aus der Plöner Str. 18, Annette Köppinger aus dem Jungfernstieg 38.